Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, vierteljährl. 1.50 ℳ frankirt frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh bar, kostet monatlich 10 ₰, vierteljährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Vereins-, Berein- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 40 Halle a. S., Donnerstag, den 17. Februar 1898 9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

17. Februar. Der am 20. Januar auf den Thron gelangte Friedrich VII. von Dänemark hatte acht Tage nach seiner Thronbesteigung ein Reskript erlassen, in welchem er die Wahl von gemeinschaftlichen Ständen des Königreichs Dänemark und der Herzogtümer Schleswig und Holstein anordnete, welche Stände weitergehende Rechte haben sollten, als die bisher schon bestehenden. Die Bevölkerung der beiden deutschen Herzogtümer wollte aber schon längst von einem gemeinsamen Staatsleben mit Dänemark nichts mehr wissen. Am 17. Februar traten in Kiel die Mitglieder der schleswigschen und holsteinischen Stände und die sonstigen Wahlberechtigten, im ganzen etwa 60 Personen, zusammen. Nach fünfstündiger Beratung siegte die Ansicht derjenigen, welche eine gänzliche Ablehnung der vom König zugebilligten Konzessionen für unstatthaft hielten. Mit 39 gegen 21 Stimmen wurde die Beteiligung an der Wahl beschlossen, zugleich aber den Gewählten aufgegeben, die Verleihung einer gesonderten schleswig-holsteinischen Verfassung zu betreiben.

Amtliche Ohrfeigen für den Grafen Posadowsky.

Aus dem neuesten Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion.

Seit Jahren pflegt der neuerscheinende Jahresbericht der trefflichen badischen Fabrik-Inspektion unter Dr. Wörishoffer eine Gabe zum Jahresumfang zu sein, die wir freudig begrüßen, weil wir aus diesen lebendigen, offenen Darlegungen der praktischen Erfahrungen einer verständigen Arbeiterschutzbehörde immer Neues und Interessantes lernen. Noch nie aber hat oder die badische Veröffentlichung so unmittelbar als diesmal gepaßt zu einem Ereignis, wie es jetzt die Köpfe von Millionen deutscher Arbeiter bewegt. Der Posadowskysche Geheimerlaß gegen das Koalitionsrecht findet, ohne mit einem Worte erwähnt zu werden, in dem soeben erschienenen „Jahresbericht der Großherzoglich Badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1897" eine so gründliche Aburteilung, daß dem Urheber des Attentats auf die heiligsten Güter der deutschen Arbeiter die Ohren sausen müssen — wenn er überhaupt so untergeordnete Dinge liest, wie den Jahresbericht einer Fabrikinspektion.

In einem eigenen Abschnitt behandelt die badische Fabrikinspektion auch diesmal wieder die Organisation der Arbeiter. Das ist ja eigentlich schon an sich ein Verbrechen im Sinne Posadowskys. Wer kann der Zusammenrottung dieser Pöbelhaufen im verstummten Preußen überhaupt irgendwelchen Wert beilegen? Nun — die badische Arbeiterschutz-Behörde ist aber nun einmal so — süddeutsch, das Ding zu beachten und dasselbe eingehend zu studieren. Dabei bewahrt sie sich noch dazu ein sehr selbstständiges Urteil, sie wird noch nicht einmal rot angeleckt, sieht nicht sozialdemokratisch und umstürzlerisch, worauf doch eigentlich die preußische Prognose für jeden lauter, der mit sachlicher Liebe an diesen gefährlichen Gegenstand herangeht. Im Gegenteil: der badische Fabrikinspektor glaubt, mehr als je „einen gesunden Instinkt der Arbeiter" für „allmähliche Entwickelung", für „kleine Fortschritte" im Gegensatz zu dem Interesse am Umsturz bemerkt zu haben; er betont ferner nicht ohne offenbare Absicht, daß die vom Lande kommenden Arbeiter, sowie diejenigen kleiner Betriebe der Lohnbewegung meist noch mit großer Abneigung gegenüberstehen, und er schüttet eine volle Schale heiligen Zornes über die auswärtigen Redner aus — „Fremde sind's zumeist!" —, deren Versammlungen ihn durchaus nicht „befriedigen", die oft „ungenügend informiert" sind und die er nicht als „erfolgreich" bezeichnen kann. Also Anti-Umstürzler und ist der badische Fabrikinspektor geblieben.

Desto wuchtiger fallen aber nun folgende Schläge auf eine gewisse Stelle, die sie reichlich verdient:

„In der Arbeiterbewegung traten seitens der Leiter von Versammlungen und der aufgetretenen Redner mehrfach erfreuliche Anzeichen hervor. Es wurde nicht nur jedes leidenschaftliche und turbulente Vorgehen vermieden, da hierfür bei den Besuchern der Versammlungen nicht die geringste Stimmung vorhanden zu sein schien, sondern es wurde auch bei Besprechung aufzustellender Arbeitsbedingungen besonders zu Nüchternheit und Besonnenheit ermahnt für den Fall, daß ein Ausstand unvermeidbar sein sollte. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß der Arbeiter durch sein Verhalten ein gutes Beispiel geben und auch die Achtung der Gegner erwerben müsse, dann gerate er auch in keinen Konflikt mit den Arbeitgebern und den Behörden. Die Arbeiter sollten bedenken, daß letztere ihre Pflicht thun und jede Gesetzesübertretung ahnden müßten. Besonnenheit sei den Arbeitern nötig, weil sie nur dann darauf rechnen könnten, mit ihren Forderungen durchzudringen. Insbesondere wurden die Arbeiter erwahnt, vor Niederlegung der Arbeit die bestehenden Kündigungsfristen einzuhalten. Offenbar war man bestrebt, die Fehler, die im vorigen Jahre bei Arbeitseinstellungen gemacht wurden, zu vermeiden. Es gilt dies wenigstens von den Rednern in solchen Versammlungen und von der überwiegenden Mehrzahl ihrer Teilnehmer, natürlich aber nicht von jedem einzelnen Teilnehmer. Es wurden vielmehr dann auch in einem teils leichtfertigen, teils unreifen Optimismus Stimmen laut, die im Falle eines Streikes auf die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft und die zu diesem Zwecke bereiten großen Geldmittel verwiesen. Der Einfluß derartiger Personen müßte die Interessen der Arbeiter schädigen, da ihre ganze Beurteilung der Verhältnisse auf unrichtigen Voraussetzungen beruht. Jeder, der sich mit diesen Dingen befaßt, weiß, daß die organisierte Arbeiterschaft nichts weniger als geneigt ist, sich bei jedem beliebigen Streik mit den Ausständigen solidarisch zu erklären. Es wurde aber auch gar nicht wahrgenommen, daß derartige Stimmen sich in dem Berichtsjahre irgend welchen Einfluß verschaffen konnten . . ."

Man muß sich angesichts dieser Sätze nur genau daran erinnern, was im verstummten Geheimerlaß stand, wie dort die „Ausschreitungen" bei Lohnbewegungen schwarz in rot, mit wahren Höllenfarben, gemalt wurden. Und hier antwortet der Ministerialbeamte eines süddeutschen Bundesstaates, der an Sachkunde so hoch über Posadowsky steht, wie der Eiffelturm über dem Seineufer, mit der Darstellung der „erfreulichen Nüchternheit und Besonnenheit," welche den Lohnkampf der 174.000 badischen Industriearbeiter beherrschten!

Er hält aber auch noch darauf, den letzten Grund zu enthüllen, weshalb die Organisation der Arbeiter nicht angegriffen, sondern geschützt und gepflegt werden muß, indem er schreibt:

„Mehr als in den letzten Jahren wahrgenommen wurde, beschäftigen sich die Arbeitervereinigungen mit der Frage wenigstens des derzeitigen Standes der Lebenshaltung der Arbeiter. Auch dort, wo nur befürchtet wird, daß die errungenen Lohnerhöhungen oder Verkürzungen der Arbeitszeit in Gefahr seien zurückgenommen zu werden, giebt dies Anlaß zu einem festeren Zusammenschluß der Vereinigungen. Es kann auch zugegeben werden, daß die Verteidigung mindestens der jetzigen Lebenshaltung nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft von der größten Bedeutung ist. Dieser Aufgabe werden aber **die Arbeitervereinigungen wohl am besten gerecht werden,** weil wirtschaftliches Herunterstetzen am schwersten empfunden wird, und sich ihm daher der nachhaltigste und einmütigste Widerstand entgegensetzt. Dies ist zugleich auch ein Grund dafür, daß leichtfertige und ohne genügende Aussicht auf Erfolg unternommene Arbeitseinstellungen mehr unterlassen wurden als in den Vorjahren, und daß man sich klugerweise mit dem schrittweisen Erreichen kleiner Vorteile begnügte. Jeder mißlungene Ausstand zieht die Deklassierung einer großen Zahl von Arbeiterfamilien mit allen ihren Folgen, besonders für die Kinder und ihre Erziehung nach sich . . ."

Die Arbeitervereinigungen also vertreten eine Kulturaufgabe, und wer sie antastet, ihre ohnedies schmalen Rechte noch verringert, ist einfach ein Kulturfeind. Das steht klipp und klar in dem neuesten Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion. Wohl bekomm's dem preußischen Junker Posadowsky!

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung vom 15. Februar.

Der Reichstag hielt heute eine sehr kurze Sitzung ab, die sich auch durch nur sehr kurze Reden auszeichnete. Trotzdem wurde eine reichhaltige Tagesordnung erledigt. Zunächst wurde der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern in zweiter Lesung zu Ende beraten. Aus dem ganzen Debatten erwähnenswert ist nur, daß Abg. Rösicke einen von unseren Genossen schon längst befürworteten Antrag auf Erlaß eines Surrogatverbots für die Bierbrauerei einbrachte. Dann wurde das Gesetz betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit auf Antrag des Abg. Bassermann nach den Kommissionsbeschlüssen en bloc angenommen. Schließlich wurde die Dampfersubventions-Vorlage, die diesmal in etwas veränderter Gestalt wieder eingebracht worden ist, in Angriff genommen. Nachdem der Staatssekretär von Podbielski eine kurze Begründung gegeben hatte, hielt Herr Freese eine Rede zu gunsten des Bremer Lloyd. Morgen ist Schwerinstag.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt bei dem Etatsteil „Zölle und Verbrauchssteuer" und zwar beim Titel: **Zuckersteuer.**

Abg. Graf **Stolberg** (kons.) verlangt Aufhebung sämtlicher Zuckerprämien und Beseitigung der Betriebssteuer.

Abg. **Rösicke** (wildlib.) stimmt dem Vorredner im allgemeinen zu. Entweder die deutschen Zuckerprämien aufzuheben, um Amerika zu veranlassen, die Zollaufschläge fallen zu lassen, sei verfehlt, da Deutschland doch mit Weltmarktpreisen rechnen müsse.

Der Titel wird hierauf bewilligt, ebenso der Titel Salzsteuer.

Beim Titel „Branntweinsteuer" befürwortet

Abg. **Bassermann** (natlib.) auf Grund einer Eingabe der Mannheimer Handelskammer Erhöhung des Celluloidzolls. Die einheimische Celluloidfabrikation werde sonst durch die Branntweinsteuer gegenüber dem importierten französischen Celluloid benachteiligt.

Direktor im Reichsschatzamt **v. Körner** erklärt, daß der Bundesrat sich über die vom Vorredner angeregte Frage noch nicht schlüssig sei.

Abg. **Gamp** (Reichsp.) empfiehlt die Bonifikation der Branntweinsteuer bei der Celluloidfabrikation.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Titel bewilligt.

Zum Titel **Brausteuer** befürwortet

Abg. **Rösicke** (wildlib.) den Erlaß eines Surrogatverbots. Er bittet die Regierung um Vorlegung einer Statistik über die Verwendung von Surrogaten in den Brauereifabriken und wendet sich besonders gegen die überhandnehmende Verwendung des Saccharins, der nur durch ein direktes Verbot gesteuert werden könne.]

Der Titel wird darauf bewilligt, ebenso der Titel „Aversen".

Der Etat der Reichsstempelabgaben wird debattelos genehmigt.

Beim Etat des „Rechnungshofes" erklärt auf eine Anfrage des Abg. **Pieschel** (natl.)

Reichsschatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**, daß er wie sein Vorgänger die Verantwortung für die justifizierenden Kabinettsordres übernehme.

Der Etat des „Rechnungshofes" wird genehmigt, ebenso debattelos der Etat des „Reichsschatzamts".

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Angelegenheiten der **freiwilligen Gerichtsbarkeit.**

Auf Antrag des Abg. **Bassermann** (natl.) wird das Gesetz in zweiter Beratung en bloc angenommen nach den Beschlüssen der Kommission.

Debattelos werden die von der Kommission beantragten Resolutionen betr. die einheitliche Regelung des Kosten- und Notariatswesens angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zu dem **Gesetz betr. Post-Dampfschiffsverbindung** mit überseeischen Ländern.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Deutschland ist im überseeischen Handelsverkehr jetzt von der 4. in die 2. Stelle unter den Nationen gerückt. Durch die neuen Erwerbungen in Ostasien wird auch der Handelsverkehr nach diesen Gegenden größere Bedeutung gewinnen.

Abg. **Freese** (Freis. Vereinig.): Das von der Regierung in dankenswerter Weise vorgebrachte statistische Material beweise, daß der Verkehr mit den ostasiatischen Plätzen von großer Bedeutung sei. Nach der Belegung Kiao-Tschaus wäre die Beschleunigung der Fahrten der Postdampfer eine Notwendigkeit, doch sei eine solche ohne Subvention des Reichs nicht durchführbar, wie die Erfahrungen anderer Staaten gezeigt hätten.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr.

Tagesordnung 2. Lesung des Antrags **Auer und Genossen auf Schutz des Vereins- und Koalitionsrechts.** Erste Lesung des Antrages Liebermann von Sonnenberg (Antisemit) betreffend das **Versicherungswesen.**

Schluß 5¼ Uhr.

Tagesgeschichte.

Abgeordnetenhaus und Herrenhaus. Das Herrenhaus beschäftigte sich am Dienstag mit dem Antrag des Herzogs von Ratibor über Maßnahmen zur Verhütung künftiger Hochwasserkatastrophen. In die Materie selbst wurde nicht eingegangen, nachdem Landwirtschaftsminister v. Hammerstein erklärt hatte, daß dem Landtage in nächster Session eine ausführliche Vorlage gemacht werden werde. Der Antrag des Herzogs von Ratibor wurde der Regierung als Material überwiesen.

Das Abgeordnetenhaus entging einer agrarischen Debatte. Eine Anzahl schlesischer Zentrumsabgeordneter hatte eine Interpellation eingebracht, die sich mit dem sogenannten Arbeitermangel in den östlichen Provinzen befaßte. In der Interpellation gaben die Herren ihrem agrarischen Gefühl nach der billigen Arbeit russischer und östreichischer Lohndrücker Ausdruck. Die Abwesenheit des Ministers für Landwirtschaft verhinderte jedoch, daß die Interpellation zur Besprechung kam. Ein Regierungskommissar teilte nur mit, daß die Regierung Berichte über den sogenannten Arbeitermangel eingefordert hätte und daß diese noch nicht in vollem Umfange vorlägen. Sobald das jedoch der Fall sei, würde das Staatsministerium zur Entschließung gelangen. Warten wir diese Entschließung ab. Sodann beschäftigte sich das Haus noch mit dem Gesetzentwurf, der die Erhöhung des Grundkapitals der preußischen Zentralgenossenschaftskasse auf 30 Millionen Mark fordert. Der Abgeordnete Richter griff die Verwaltung der preußischen Zentralgenossenschaftskasse scharf an und suchte den Nachweis zu führen, daß sie kein Geschäft sondern ein Wohlthätigkeitsinstitut sei. Herr v. Miquel rechtfertigte die geforderte Erhöhung des Grundkapitals mit der Notwendigkeit, die Kasse auch dem Schutze des Handwerkerstandes dienstbar zu machen. Hierzu reiche das jetzt vorhandene Grundkapital nicht aus. Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde die Vorlage der Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen.

Die lex Arons wird heute, Mittwoch, im Abgeordnetenhause von der dazu eingesetzten Kommission beraten.

** **Wann finden die Landtagswahlen statt?** Im Abgeordnetenhause werden gegenwärtig die Verhandlungen derart beschleunigt, daß sogar Abendsitzungen in Aussicht stehen. Man entnimmt daraus, daß in Uebereinstimmung mit der Regierung ein Schluß der parlamentarischen Saison auch des Landtags bis Ostern beabsichtigt wird und daß die Neuwahlen auch zum Landtag schon in diesem Frühjahr stattfinden sollen.

Hoffentlich bestätigt sich diese Auffassung nicht, damit auf dem Parteitage zu Stuttgart wenigstens noch Klärung über die Beteiligung unserer Partei an der Landtagswahl bezw. über das Amendement Mittag geschaffen werden kann.

** **Die Zulassung von Frauen** zum Universitäts-Studium und zu den Staatsprüfungen wurde in der Unterrichtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses abgelehnt. Wozu denn auch? Die Frau gehört nach der Anschauung dieser Leute an den Kochherd. Höchstens benutzt man die Arbeiterfrau als billige Arbeitskraft auf dem Schlachtfelde der Industrie.

Ein Koalitionsverbot auch für Beamte hat der Finanzminister und einstige Kommunist v. Miquel erlassen. Da heißt es u. a.:

„Besonders haben schon seit längerer Zeit diese Bestrebungen zur Gründung und allgemeinen Ausbreitung von Vereinen gesucht, die es sich zur Aufgabe machen, die dienstlichen Standes-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980217-17/fragment/page=0001

interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, insbesondere Rangerhöhungen, Verbesserung des Einkommens und dienstliche Erleichterungen zu erreichen, sei es durch Massenpetitionen, sei es durch die Agitation in der Presse, wobei mehr oder weniger versteckt zum Ausdruck gebracht wird, daß die Verwaltung kein Verständnis für den Wert der Leistungen der Beamten und für ihre Bedürfnisse oder kein Interesse für die Besserung der Lage einzelner Beamtenkatzen zeige. Da solchen Vereinsgründungen der Gedanke zu Grunde liegt, daß man durch ein derartiges Zusammenschließen einen verstärkten und daher erfolgreicheren Druck auf die Entschließungen der Vorgesetzten ausüben vermöge, so können sie nicht geduldet werden, wenn nicht die Disziplin gelockert werden soll.

Der preußische Staat will eben nur Leute haben, die sich nicht kuschen. Ob die Beamten durch diesen Erlaß von ihrem „disziplinwidrigen" Petitionieren geheilt sein werden, ist sehr fraglich.

Zur Innungsorganisation wird gemeldet, daß schon in der nächsten Zeit die näheren Bestimmungen über die Festsetzung des Zeitpunktes erlassen werden, von dem ab die bestehenden Innungen sich darüber zu entscheiden haben werden, ob sie als freie Innungen fortbestehen oder sich in Zwangsinnungen umwandeln wollen. Ebenso wird demnächst auch die Frist festgesetzt werden, innerhalb der die mit den Rechten aus § 100e oder 100f der Reichs-Gewerbe-Ordnung ausgestatteten Innungen den Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung stellen können.

*. **Chinesisches.** Zwischen Deutschland und China ist nunmehr die Konzession zweier Eisenbahnen vereinbart worden, die zusammen 520 Kilometer lang werden.

— Daß die Pfaffen auch überall sein müssen, beweist, daß die Berliner Missionsgesellschaft beschlossen hat, nächst ihrer im Süden Chinas bestehenden Station noch eine zweite in Kiao-Tschau zu errichten. Die frommen Missionare werden die Chinesen schon über unseren Länderraub hinweg zu trösten versuchen.

— Nach Kiao-Tschau ist am 15. Februar ein Zwischendampfer der Hamburg-Amerika Gesellschaft abgegangen. Da die Schiffe im Hafen von Kiao-Tschau nicht unmittelbar an das Ufer herranfahren können, vielmehr mittels Leichterschiffen entladen werden müssen, so ist in Kiao-Tschau die Herstellung von geeigneten Uferbauten, welche das unmittelbare Anlaufen großer Seeschiffe an das Land gestatten, die dringendste Aufgabe.

— Wie Prinz Heinrich nach China fährt, meldet das englische Blatt Times folgendermaßen: Der Prinz hat auf Ceylon an zwei Elefantenjagden und einer Elchjagd sowie am Gymkhana-Sport teilgenommen und das Zweiradrennen um den Viktoriapreis gewonnen.

*. **Die Pocken** wüten in Deutsch-Ostafrika unter den Wakamba, Masinda- und Mombossitstämmen. Die Krankheit greift immer mehr um sich, da es an Raum fehlt, um die Kranken zu isolieren. Beamte und Missionare sind sehr eifrig beim Impfen, aber die Schwarzen laufen meistens davon, wenn sie geimpft werden sollen; sie haben eine heillose Angst davor.

Wo ist der Terrorismus zu suchen? In den Höchster Farbwerken erkühnten sich mehrere Arbeiter im Raume 7, sich kurz vor Schluß der Arbeitszeit niederzusetzen, um ihr Essen einzunehmen, worüber man sich nicht zu wundern braucht, da in diesem Raume wegen des Staubes und [illegible] wenn der Arbeiter einen Bissen zu sich nehmen will. Aber eine strenge Strafe wurde deshalb über die Arbeiter verhängt und ihnen eröffnet laut Befehl des Herrn Dr. Klotz, dem Chef dieses Raumes, daß jedem Uebelthäter vier Stunden Lohn in Abzug gebracht werde. Und so geschah es; schon lange nicht mehr mit dem Auftreten des Herrn Dr. Klotz zufrieden, schüttelten die Arbeiter insgesamt den Staub der Farbwerke von den Füßen und wollen versuchen, vor den Thoren eines humaneren Kapitalisten Einlaß zu finden.

Es giebt keine Diktatur! sagte vor einigen Tagen der Unterstaatssekretär v. Puttkamer in Landesausschuß für Elsaß-Lothringen. Wie dieses Wort im Wirklichkeit aussieht, davon einige Beispiele reichsländischer Verwaltungspraxis:

Nr. 1. Vor etwa einem Jahre wandten sich die Textilarbeiter Mülhausens mit einem Gesuch an die Behörde um Genehmigung eines Verbandes elsaß-lothringischer Textilarbeiter. Bis heute harren sie umsonst der Nachricht über das Schicksal ihrer Eingabe.

Nr. 2. Gegenwärtig unterliegt der Entscheidung des Ministeriums eine Beschwerde des Vorstandes eines für Schiltigheim-Bischheim errichteten Arbeiter-Bildungsvereins gegen den Bezirkspräsidenten des Unterelsaß, der den hierum nachsuchenden Arbeitern die Genehmigung des Statuts verweigert hatte.

Nr. 3. Der Oberstaatsanwalt in Kolmar hat vor kurzem die Beschwerde gegen die Entscheidung des Straßburger Staatsanwalts, der die Erhebung der öffentlichen Klage gegen den Polizeikommissar Roack daselbst ablehnte, „nach Prüfung der Akten" abschlägig beschieden. Roack war in durchaus ungesetzlicher Weise in die letzte Landeskonferenz unserer reichsländischen Genossen eingedrungen und hatte deren Verhandlungen gewaltsam unterbrochen.

Nr. 4. Am verflossenen Freitag wollte Genosse Böhle in Straßburg in einer öffentlichen Versammlung über seine Thätigkeit als Mitglied des Bezirkstags für Unterelsaß vor seinen Wählern Bericht erstatten. Das Bezirkspräsidium verbot ohne jede Angabe von Gründen die Versammlung, da man es in Elsaß-Lothringen nicht nötig hat, einem Sozialdemokraten die Erfüllung seiner politischen und staatsbürgerlichen Pflichten zu ermöglichen.

Jedem vernünftig und rechtlich denkenden Menschen werden diese wenigen Beispiele reichsländischer Regierungskunst genügen; doch: „Es giebt keine Diktatur in Elsaß-Lothringen", und — — Herr v. Puttkamer ist ein großer Staatsmann.

*. **Im Zeitalter der Aufklärung.** Ueber auffallende Gebetserhörungen berichtet das katholische Blatt Pelikan aus Witzigheim in Baden:

„Meine Mutter hatte schon länger als 6 Jahre eine schmerzliche Krankheit an ihren Händen. Kein Arzt konnte über die Krankheit ihr Aufschluß geben und ebensowenig ihr Heilung bringen. Voriges Jahr nun bestellte sie 10 Pelikan und verteilte sie jeden Monat; ihre Hände sind nun geheilt, sie weiß selbst nicht, wie; ein anderes Mittel hat sie nicht mehr angewendet."

Das geht ja noch über die Wirksamkeit der Hüllesschen Zeitschriften! Gegen die katholische Konkurrenz ist nun einmal von protestantisch-orthodoxer Seite schwer aufzukommen!

Vielleicht findet sich noch ein Herausgeber einer Zeitschrift, durch deren Berührung man von allen sozialdemokratischen Ideen geheilt wird.

Eine wichtige Verfügung erließ der Oberpräsident der Rheinprovinz, wonach ausländisches Pferdefleisch und die aus Pferdefleisch hergestellten Fleischwaren bei der Einfuhr als Pferdefleisch zu deklarieren sind. Wer ausländisches Pferdefleisch oder daraus hergestellte Fleischwaren unter solcher Deklaration empfängt, hat hiervon binnen zwei Tagen der Polizeibehörde Anzeige zu machen bei Vermeidung einer Geldstrafe von 5 bis 60 M.

Die Pferdefleischeinfuhr aus Amerika ist für die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gerade kein günstiges Zeugnis.

Aus dem Reiche des Königs Stumm wird über ein recht interessantes Vorkommnis berichtet: In der am 9. Februar stattgehabten Sitzung des Gemeinderats von Neunkirchen teilte der Bürgermeister Ludwig mit, daß die Oeffentlichkeit der Sitzungen bisher nur geduldet gewesen sei, und zwar nur insofern, als eine Stimme genügt haben würde, sie auszuschließen. Von höherer Stelle sei nun in der letzten Sitzung bemerkt worden, daß die Oeffentlichkeit ungesetzlich sei, und um dem Gesetze Achtung zu verschaffen, müsse sie von jetzt ab ausgeschlossen werden. So geschah es, und zwar sofort, trotz des Antrags zweier Mitglieder, wenigstens einen heimlichen Gemeinderatsbeschluß herbeizuführen. Was doch Stumm für ein mächtiger Mann ist!

Kampf gegen das amerikanische Petroleum-Monopol. Die preußische Eisenbahn-Verwaltung beabsichtigt, die Einfuhr von Petroleum und Rohbenzin aus Ungarn durch Gewährung von Frachtermäßigungen zu fördern. Wie wir hierzu weiter mitteilen können, soll Ungarn als Gegenleistung für diese Frachtermäßigung deutschen Waren in Ungarn Frachtvergütigungen gewähren. Es sind deshalb Gutachten eingefordert worden, für welche deutschen Ausfuhrgüter Frachtermäßigungen wünschenswert sein würden.

Ungarn kommt für die Petroleumversorgung Deutschlands vornehmlich durch seine großen Raffinerien russischen Petroleums in Fiume, seinem Hafen am adriatischen Meere, in Frage, so daß ein weiter Landtransport erforderlich sein würde.

„Das **System einer polizistischen Regierung** mit Spitzeln u. s. w. ist aber nur denkbar, wenn es durch die Gerichte anerkannt und unterstützt wird. Zu einer Regierung, die nur mit der Staatsraison wirtschaftet, gehören aber auch ganz besonders angelegte Richter, von denen man, um einen berühmten Ausdruck zu gebrauchen, keine Urteile, sondern Gefälligkeiten erwartet. Diese Richter haben sich denn auch gefunden. Das Strebertum im Richterstande ist, um nicht weiter in der Geschichte hinaufzugreifen, gegenwärtig genau so entwickelt wie unter dem zweiten Kaiserreich in Frankreich." So zu lesen in einem Artikel der Kölnischen Zeitung, in dem von — Frankreich die Rede ist.

Bei der Landtagsersatzwahl in Bernau (Reg.-Bez. Potsdam) wurde der freikonservative Reichstagsabgeordnete Professor Pauli zu Eberswalde mit 631 von 636 abgegebenen Stimmen gewählt.

*. **Wegen Kaiserbeleidigung** verurteilte die Strafkammer in Ratibor den Tischlermeister Czediwoda zu 2 Monaten Gefängnis. Verhandelt wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Wegen Kaiserbeleidigung ist für den Redakteur des Südd. Postillon, Gen. Fuchs, Termin auf den 25. Febr. vor dem Schwurgericht München anberaumt worden.

Ausland.

Oestreich-Ungarn. Die Ausbreitung des Sozialismus in Ungarn setzt die dortigen Gewalthaber in namenlosen Schrecken. Südungarische Grundbesitzer entlassen rumänische Arbeiter, die an sozialistischen Versammlungen und Vereinen teilnehmen sollen; in den Dörfern der nordungarischen Slowakei, woher die Regierung noch im vorigen Sommer den größten Teil der Streikbrecher bezog, wird eine sozialistische Versammlung nach der anderen abgehalten. Landarbeiter und Bauern nehmen daran teil. Die Bauern kennen in Ungarn keine Furcht vor den bösen Teilern. Sie alle, Bauern und Arbeiter, Magyaren, Rumänen, Slowaken und Deutsche, umschließt dieselbe Kette der Ausbeutung und Unterdrückung. Wo immer die soziale Not und die politische Rechtlosigkeit eine Volksbewegung hervorruft, von der sich die herrschenden Klassen bedroht glauben, kommt mit einem Mal die Erkenntnis von dem im Volke herrschenden Elend zu Worte, das bis dahin sorgsam verschwiegen wurde. Die Abgeordneten des ungarischen Reichstages, ja selbst die offiziösen Blätter gestehen ausdrücklich zu, daß sich ein großer Teil der Landbevölkerung in der ärgsten Notlage befinde; aber wer da meinen wollte, ein solches Zugeständnis müsse den Appell an die Gewalt ausschließen, da man den Hunger mit Flintenkugeln und dem Strick nicht heilen könne, der würde die Pester Herrschaften sehr schlecht kennen.

Bei einem neuerlichen Zusammenstoße der Bauern mit dem Militär wurden in Czigano 27 Bauern verletzt.

England. Das Gastrecht schmählich verletzt hat das sonst so gastfreie England. Wegen Aufreizung zur Ermordung des Zaren wurde der 33jährige russische Journalist Wladimir Bourtzew und der 61jährige polnische Setzer Klemens Wierzbicki vom Geschworenengericht des Old Bailey, ersterer zu 18 Monaten, letzterer zu 2 Monaten Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt. Die Aufreizung war in dem von Bourtzew in England herausgegebenen russischen Blatte Narodovolez erschienen.

Amerika. In einer Resolution verlangt das Repräsentantenhaus in Washington die Vorlegung des Schriftwechsels, der auf den Ausschluß amerikanischen Rindfleisches, Obstes und amerikanischer Pferde seitens Deutschlands Bezug hat. — Es wird schon noch zu einem kleinen Zollkriege kommen.

Prozeß Zola.

Montags-Sitzung.

Es wird zur Vernehmung des weiteren Schriftverständigen im Dreyfus-Prozeß, Charavay, geschritten. Dieser verweigert die Antworten auf ihm von der Verteidigung geteilte Fragen; er sagt, es sei Regel der Schriftverständigen, sich nur über anhängige Streitfragen zu äußern. Als Labori trotzdem Charavay fragt, ob er einen Menschen auf ein Schriftverständigen-Urteil hin verurteilen würde, fährt der Präsident dazwischen und bemerkt, daß man diese Frage nicht stellen dürfte. Darauf antwortete sehr heftig Labori:

„Wenn es sich um Thatsachen handelt, darf man nicht fragen; wenn man prinzipielle Fragen stellen will, darf man es auch nicht. Wenn Sie uns gleich freisprechen wollen, dann verlangen wir nichts Besseres, und werden auf nichts mehr drängen." (Anhaltende Heiterkeit.)

Präsident: „Nun denn, so sprechen Sie!"

Charavay: „Niemals in meinem Leben würde ich auf ein bloßes Schreibsachverständigen-Urteil hin jemanden verurteilen, es sei denn, daß andere sittliche Gründe hinzutreten. (Anhaltende Bewegung.)

Die Kinder des Millionärs.

Roman von Kristofer Janson.

Autorisierte Uebersetzung von Ernst Brausewetter.

39] [Nachdruck verboten.]

Frank blieb eine Weile dort ohnmächtig liegen, dann erhob er sich totenbleich und rief, die Hand gegen Daniel Nilsen geballt, mit vor Wut fast erstickter Stimme:

„Das soll Ihnen teuer zu stehen kommen!"

Frank griff mit der Hand nach der Brust, als wenn sie ihn schmerzte, wankte ein Stück weiter, rief den ersten Wagen, der vorbeikam, an und fuhr nach Hause.

Aber Daniel Nilsen atmete befreit und erleichtert auf.

„Endlich habe ich doch einen von ihnen durchgeprügelt," sagte er. „Sie haben lange genug auf mir herumgehammert. So ein Schurke!"

Als Dina an diesem Abend, wie gewöhnlich, heim kam, sagte der Vater zu ihr: „Dina, Du mußt von Plummers fort."

„Warum das, Vater?" fragte Dina verwundert.

„Weil — ja weil Du dort nicht mehr sicher bist."

„Ich verstehe Dich nicht."

„Weißt Du, heute ist Frank Plummer, der junge Laps, hier gewesen und hat Dich förmlich zu seiner Maitresse begehrt."

„Rede nicht so," sagte Dina und wurde ganz bleich.

„Aber er bekam auch Antwort auf sein Angebot. So gründlich habe ich noch niemand durchgeprügelt wie ihn, nicht einmal den Irländer damals, den ich in Chicago in die See warf."

„Ja, Frank kam heute krank nach Hause und legte sich zu Bett."

„Glaube es gern," sagte der Vater und lachte.

„Ich kann zu Weihnacht aus dem Dienst gehen, aber nicht früher," erwiderte Dina. „Ich habe freilich versprochen, dort so lange zu bleiben. Und meinetwegen kannst Du ganz ruhig sein, Vater, ich werde mich schon zu schützen wissen."

„Gedenke Deiner Mutter, Dina!"

„Ich gedenke ihrer und Du sollst niemals Schande von mir haben, Vater."

Daniel Nilsen wurde es plötzlich weich ums Herz, er zog seine Tochter an sich und küßte sie auf die Stirn.

---

18. Kapitel.

Frank Plummer blieb eine Woche lang zu Bett liegen. Er hatte ausdrücklich verboten, den Doktor zu holen. Er behandelte sich selbst mit kalten Umschlägen und Waschungen. Er wollte auch keine Freunde bei sich sehen. Dina hatte ihm mehrere Male Limonade und Früchte hineinbringen müssen. Sie war so eigentümlich verwirrt. Ob ihr Vater ihr die ganze Geschichte erzählt haben mochte?

Je mehr er sie ansah, desto mehr wuchs seine Leidenschaft; aber jetzt mischte sich in seine Liebe auch das Rachegefühl gegen ihren Vater. Wenn er im Ernst jemals daran gedacht hatte, Dina wirklich zu seiner Frau zu machen, so war er davon jetzt gründlich kuriert. Einen so gemeinen Grobian, wie ihren Vater, in die Familie hinein zu ziehen, das ging doch nicht an.

Mr. und Mrs. Plummer sollten ins Ausstellungsgebäude gehen. Es war einige Tage, bevor die Ausstellung geschlossen werden sollte. Sie hatten es von einem Tag zum andern aufgeschoben und nahmen es nun wie ein Kreuz auf sich; aber es mußte ja geschehen; denn die Ausstellung war der Stolz von Minneapolis, und alle anderen Leute waren dort gewesen. Man mußte sich doch auf dem Laufenden halten, man mußte sich bemerkbar machen.

„Seht, da geht der reiche Mr. Plummer mit seiner Frau!" würden die Leute flüstern — „der französische Plummer!" Denn Plummer hatte gefunden, die Geschichte mit den Franzosen konnte als Reklame benutzt werden, und hatte daher auf seine Geschäftskarten in Parenthese unter seinen Namen „der französische Plummer" drucken lassen, ein Witz, den die Zeitungen zuerst zur Verhöhnung Plummers in Umlauf gesetzt hatten, der aber von dem humorvollen und schlauen Geschäftsmann sofort zu seinem Vorteil ausgebeutet wurde.

Also Plummer und seine bessere Hälfte bahnten sich den Weg durch die Menge, betrachteten pflichtschuldigst alle Maschinen und Kostbarkeiten und wollten dann in die Kunstausstellung hinein von der er gehört hatte, daß sie ganz vorzüglich sein sollte. Zuerst betraten sie die Skulpturabteilung und blieben ganz erstaunt stehen.

„Na, das muß ich aber sagen," meinte Mr. Plummer mit launigem Lächeln, „die sehen aus, als wenn sie alle zu Bett gehen wollen. Was sagst Du dazu Georgia? Dort, wo diese Leute her sind, scheint man nicht einmal Nachthemden zu benutzen!"

Mrs. Plummer nahm eine ernste und würdige Miene an.

„Still, Plummer, sprich nicht so laut, aber das muß ich freilich offen gestehen, die Zeitungen hatten recht, wenn sie sagten, das sei geradezu unanständig. Ich finde, wenn es so viel gekostet hat, die Ausstellung zu stande zu bringen, hätte man auch einige Kleider für diese Götzenbilder spendieren können, so daß junge Mädchen nicht zu erröten brauchten, wenn sie hier herein kommen. Es ist ja möglich, daß die Leute in Europa so verderbt sind, aber hier bei uns, in einer christlichen Gesellschaft, sollte man doch von solcher ausländischen Leichtfertigkeit verschont bleiben."

Seitwärts von einer Bacchantengruppe standen ein paar junge Leute, die ihrer ganzen Erscheinung nach wie Künstler aussahen. Diese waren schon längst auf das Plummersche Ehepaar aufmerksam geworden und brachten jetzt in ein schallendes Gelächter aus, da sie die Worte der Frau gehört hatten. Sie mißverstand ihr Lachen aber und sagte:

„Siehst Du, wie die jungen Leute dastehen und unanständige Witze reißen. Ist Frank eigentlich hier gewesen?"

„Wahrscheinlich. Aber Du, Georgia, sieh dort das Frauenzimmer — die hat ja viel zu lange Beine," und Plummer ging hin, maß mit seinen Händen an der Venus von Milo und dann an seiner Frau. „Da — sieht Du — viel zu lang."

„Aber Plummer, bist Du verrückt?" sagte Georgia und schlug seine Hände fort, „das könnte ja jemand bemerken; aber mir scheint freilich auch, sie sehen aus, als wenn sie alle zusammen aus dem Kriege kämen, sie haben sich Arme und Beine abgebrochen."

Und Georgia schüttelte bedenklich den Kopf.

„Man sollte sie ins Hospital schicken," erwiderte Plummer und lachte über seinen Witz. „Komm, gehen wir weiter, und da verlangen sie noch zehn Cents, um solches Gerümpel zu sehen."

Plummer betrat die Gemäldeabteilung und begann sogleich, sich die Preise der Gemälde, die verkäuflich waren, anzusehen.

„Diese Maler sind die unverschämtesten Menschen, die ich kenne," sagte Plummer zu seiner Frau, „sieh nur, Georgia, für das Stückchen Leinwand da mit einigen Bäumen und Kühen verlangen sie tausend Dollar. Wir könnten ja alle die Kühe lebendig für weniger Geld haben."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980217-17/fragment/page=0002

Nach Charavay wird Pelletier, gleichfalls Schriftverständiger im Dreyfusprozeß, aufgerufen.

Aus der Darlegung des Zeugen ergiebt sich, daß seinem Berichte zufolge das Bordereau ganz allgemeine Analogien und Schriftähnlichkeiten aufwies und nichts zu dem Schlusse berechtige, daß das Bordereau der einen oder der anderen der verdächtigen Personen zuzuschreiben sei.

Nunmehr werden nach einander die Schriftverständigen Gobert, Conard und Belhomme aufgerufen. Die beiden letzteren, welche Sachverständige in der Esterhazy-Sache waren, verweigern die Antwort auf die Fragen der Verteidigung unter Berufung auf das Amtsgeheimnis.

Labori konstatiert, daß das Originalbordereau ganz genau dasselbe wie das Facsimile ist. Auf den Widerspruch von verschiedenen Seiten bemerkt er: Sie können protestieren, das kümmert mich nicht.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Das Publikum, das gestern ruhiger war als die Tage vorher, ging ohne Ruhestörungen auseinander. Zola und seine Verteidiger konnten unbehelligt hinausgehen.

* * *

In der Dienstag-Verhandlung werden eine Anzahl Zeugen vernommen, deren Aussagen jedoch besonderes Interesse nicht haben.

Der Prozeß hat in seinem weiteren Verlaufe nicht mehr die Aufmerksamkeit der Bevölkerung, wie in den Anfangs der Fall war. Ob eine Revision des Dreyfus-Prozesses vorgenommen wird, ist trotz der Enthüllungen fraglich. Auch wie viel Tage der Zola-Prozeß noch in Anspruch nimmt, ist noch immer nicht klar vorauszusehen.

Soziales.

— **Der Arbeitsmarkt** im Januar zeigte im Vergleich zu dem entsprechenden Monat des Vorjahres wieder ein günstiges Gepräge. Nach den in der Monatsschrift „Der Arbeitsmarkt" veröffentlichten Situationsberichten über die Lage des Arbeitsmarktes im Schuhgewerbe, in der Eisen- und Metallindustrie und in verschiedenen Erwerbszweigen Berlins lassen sich zwar scharf bemerkbare Symptome eines Rückgangs der allgemeinen Geschäftskonjunktur und ihr nachteiliger Einfluß auf die Lage des Arbeitsmarktes nicht bestreiten, doch sprechen wieder andere Wahrnehmungen, so in der Textilindustrie und zeitweise auch im Schuhgewerbe für eine augenblickliche Besserung. Nach den Berichten der Arbeitsnachweis-Verwaltungen bewarben sich um 100 offene Stellen im Januar 156 Arbeitsuchende gegen 160 im entsprechenden Monat des Vorjahres. Es bewarben sich im Januar 1898 31 030 Arbeitsuchende um 19 872 offene Stellen, im Vorjahre 27 859 um 17 340. Von 61 Berichten, die bei der genannten Zeitschrift eingingen, zeigen 50 vergleichbare Daten. Von diesen weisen im Vergleich zum Januar vorigen Jahres 25 eine Abnahme und nur 22 (mehr drei ausländische) eine Zunahme des Andranges auf. Gegen den Vormonat jedoch hat sich (wie alljährlich) im Januar die Lage des Arbeitsmarktes etwas ungünstiger gestaltet. Auf 100 ausgebotene Stellen kamen im Dezember 151, im Januar dagegen 156 Arbeitsuchende.

Abnahme: Kiel, Halle a. S., Dessau, Gera, Hannover, Osnabrück, Münster, Düsseldorf, M. Gladbach, Aachen, Kreuznach, Darmstadt, Heidelberg, Schopfheim, Offenburg, Mannheim, Konstanz, Pforzheim, Stuttgart, Kaiserslautern, Ludwigsburg, Eßlingen, Heilbronn, Ulm, Nürnberg.

Zunahme: Posen, Breslau, Frankfurt a. O., Berlin, Rixdorf, Quedlinburg, Erfurt, Elberfeld, Essen, Köln, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Gießen, Worms, Kaiserslautern, Lahr, Freiburg, Karlsruhe, Reutlingen, Fürth, Augsburg, München. — (Wien, Brünn, Bern.)

Sozialpolitische Rechtspflege.

Zeugnisverweigerung. Eine für alle Arbeiter wichtige Entscheidung hat die Kammer V in Berlin unter dem Vorsitz des Assessors Hellwig gefällt. Der Metallarbeiter L. verlangte von der Firma Hacker u. Picht eine Lohnentschädigung, weil ihm trotz seines Verlangens ein Arbeitsattest gemäß § 113 Absatz I der Gewerbe-Ordnung nicht ausgestellt worden sei. Der Kläger brachte eine Bescheinigung bei, daß er bei einer bekannten Firma lediglich deshalb nicht eingestellt worden sei, weil er kein Zeugnis von seinem letzten Arbeitgeber gehabt habe. Der Vertreter der Beklagten machte geltend, L. habe bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses kein Attest beantprucht. Nach zwei Tagen habe Kläger allerdings brieflich verlangt, daß ihm ein Attest zugesandt werde; hierzu hätten sich aber die Firmeninhaber nicht für verpflichtet gehalten. — Im ersten Termin wurde dem Kläger ein Zeugnis ausgestellt. Die demnächst vom Gericht veranstaltete Beweiserhebung über die Vorgänge an dem Tage, an welchem er die Arbeit bei Hacker und Picht aufgab, blieb ohne wesentliches Ergebnis. Der Gerichtshof verurteilte die Beklagte, an L. 30 Mk. zu zahlen. Assessor Hellwig führte begründend aus, die Forderung des Klägers sei berechtigt, weil er unzweifelhaft am zweiten Tage nach seinem Abgange schriftlich ein Zeugnis verlangt habe. Die Bestimmung des § 113 Absatz I der Gewerbe-Ordnung, daß der Arbeiter beim Abgange ein Zeugnis über Art und Dauer der Beschäftigung verlangen könne, sei dahin zu verstehen, daß dies noch nach zwei Tagen zulässig sei. Zwei Tage seien eine angemessene Zögerungsfrist. Der Begriff „beim Abgange" sei nicht zu eng auszulegen, er bedeute nicht: sofort. Eine schriftliche Aufforderung genüge gleichfalls, manchmal sei sie sogar notwendig. Der schriftlichen Aufforderung in der zulässigen Frist sei die Beklagte nicht nachgekommen, sie müsse darum den Schaden ersetzen, der dadurch dem Kläger entstanden sei.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Eine Maurerversammlung, die in Berlin am Montag den Saal der Tonhalle bis auf den letzten Platz füllte, verfiel schon während der Bureauwahl der polizeilichen Auflösung. Sowohl von lokaler wie von zentraler Richtung war je ein Bureau vorgeschlagen worden. Der Einberufer Silberschmidt konstatierte in Uebereinstimmung mit einem Teil der Stimmzähler, daß die Vorschläge der zentralen Richtung angenommen seien. Darauf erhoben die Lokalisten einen lärmenden Protest, es gab eine Geschäftsordnungsdebatte, schließlich schlug Silberschmidt vor, man möge, um beiden Teilen gerecht zu werden, ein neues Bureau aus Anhängern beider Richtungen wählen. Dieser Vorschlag fand keinen Anklang, die Lokalisten verlangten stürmisch die Anerkennung ihres Bureaus und in der Versammlung herrschte eine allgemeine Unruhe. Dann sprach der überwachende Beamte die Auflösung „wegen Tumults" aus.

§ Aufgelöst wurde in Zittau i. S. eine Versammlung des Naturheilvereins, als nach dem Vortrage der Vorsitzende einige Fragezettel verlas, in denen die Anwesenheit eines Polizeibeamten in scharfen Wendungen abfällig kritisiert wurde.

Arbeiterbewegung.

Für die englischen Maschinenbauer sind bei der Generalkommission bis zum 10. Februar insgesamt **116 113.16 Mark** eingegangen. Da der Streik bezw. die Aussperrung beendigt ist, erklärt jetzt die Generalkommission die Sammlungen für geschlossen. Die noch eingehenden Gelder werden dem Streikkomitee noch zugesandt werden.

Die Forderungen der Anschläger und Bautischler wurden in Stuttgart von den meisten Arbeitgebern bewilligt.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 16. Februar 1898.

*** **Genosse Wilhelm Traxdorf**, der laut Anzeige in gestriger Nummer am Montag früh 3 Uhr gestorben ist, wird morgen, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr vom Diakonissenhause aus beerdigt. Traxdorf war ein eifriges Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins und auch die Gewerkschaft der Stuckkateure verliert in ihm einen treuen Mitkämpfer für die Sache des Proletariats. Ehre seinem Andenken.

*, **Massenhafte Arbeiterentlassungen** werden gegenwärtig in der Halleschen Maschinenfabrik vorgenommen. Selbst Leute, die länger als zehn Jahre daselbst beschäftigt waren, mußten der Fabrik den Rücken kehren. Der Grund soll in der Geschäftsstockung zu suchen sein, die gegenwärtig in der Eisen- und Metallindustrie herrscht. Hoffentlich kommen von den Metallarbeitern nun auch diejenigen zur Einsicht, die da glaubten, ewige Arbeit in der einzelnen Fabrik zu haben, und die bisherhalb jede Aufforderung, sich zu organisieren, unterließen. Denn wir sind jetzt erst am Anfange einer Krise. Und nur zu recht hat eine Korrespondenz, welche sich über die Lage der Eisen- und Metallindustrie folgendermaßen ausläßt:

Die Höhe der Konjunktur ist überschritten. Damit kündete der Essener Handelskammerbericht im Januar das neue Geschäftsjahr an. Und schneller, als man geglaubt hatte, ist der Rückgang eingetreten, der zwar noch aufzuhalten gesucht wird, aber jedenfalls nicht mehr verdeckt werden kann. Die Produktionseinschränkung sowohl des Kohlen- wie des Kohlensyndikats, die Preisunterbietungen der rheinisch-westfälischen Werke sprechen nur zu deutlich dafür, daß in der Metall- und Eisenindustrie die rege Produktion nachgelassen hat, daß damit auch auf dem Arbeitsmarkt in den Generalversammlungen, die in den letzten beiden Jahren Massen von Arbeitern sich neu einverleibt haben, alsbald ein Nachlassen der Nachfrage nach Arbeitskräften, ja in manchen Bezirken schon ein Vorhandensein eines stärkeren Angebots eingetreten ist. Diese Beobachtung wird auch dadurch gestützt, daß in der Metallindustrie die Stockung in der bisher so flotten Produktion dazu benützt wird, Lohnabzüge und Verlängerung der Arbeitszeit vorzunehmen. Einzelne große Werke freilich sind von dem Rückgang noch keineswegs berührt. So ist die Kruppsche Gußstahlfabrik seit vielen Jahren nicht so stark wie Anfangs Januar beschäftigt gewesen. Die Nachfrage nach Arbeitern ist bedeutend, täglich werden neue Arbeiter eingestellt. In den Kanonenwerkstätten wird sogar schon seit einiger Zeit auch Sonntags gearbeitet. Auch in einigen der Königs- und Laurahütte angehörigen Werkstätten ist ein Mangel an Arbeitern fortgesetzt fühlbar und hat dazu geführt, daß teilweise Nachtschichten, teilweise Ueberstunden eingeführt wurden. Aber abgesehen von solchen Oasen aus der Zeit des Aufschwungs ist die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes für die Arbeitnehmer höchst kritisch. Es werden schon in vielen Etablissements Feierschichten eingelegt, teilweise der Betrieb schon eingeschränkt und freie Stellen nicht wieder besetzt.

*** **Der hiesige Professor Friedberg**, Reichstags- und Landtagsabgeordneter, ist in seinem Wahlkreise, in Bernburg Köthen (Anhalt II) wiederum als Reichstagskandidat auf den Schild erhoben worden. Von sozialdemokratischer Seite steht ihm unser Genosse Albrecht gegenüber. Nach den Resultaten der letzten Wahl dürfte, wenn die dortigen Genossen fest auf dem Posten sind, ein Sieg Albrechts nicht unwahrscheinlich sein.

* **Taxameter Droschken** werden ab 1. März auch bei uns eingeführt und zwar vorläufig 10 Stück, die durch den Fuhrherrn Thienemann gestellt worden. Die Preise betragen: für 1 bis 2 Personen bis 1000 Meter 50 Pf., für jede ferneren 500 Meter 10 Pf., für 3 bis 4 Personen bis 750 Meter 50 Pf., für jede ferneren 375 Meter 10 Pf. Bei Nachtfahrt tritt doppelte Gebühr in Anfatz. Die neuen Droschken werden auf dem Marktplatz, am Bahnhof, am Postgebäude und in der Hermannstraße zu stehen kommen.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Zwei Novitäten gehen am Donnerstag zum erstenmale in Szene, und zwar das einaktige Lustspiel „Im Reiche der Mütter" und Max Dreyers Komödie in drei Akten „Die Behandlung". Letzteres Stück hat bereits die Aufführung an vielen Bühnen erlebt, wir nennen nur die Hoftheater in Dresden und München, Berliner Theater in Berlin und Stadttheater in Hamburg. Herr Oberregisseur Wichmann hat beide Novitäten inszeniert. Die Vorstellung ist im Farbenabonnement und beginnt um 7½ Uhr.

* **Aus dem Bureau des Thalia Theaters.** Am Freitag wird anstatt der angekündigten Vorstellung „Morituri" das Lustspiel „Renaissance" gegeben, da sich der Einstudierung Schwierigkeiten entgegengestellt haben. Morituri wird dann in nächster Woche aufgeführt werden.

* **Der neue Spielplan des Walhallatheaters**, welcher heute beginnt, dürfte noch viel von sich reden machen. Bringt er in seiner Fülle hervorragender Spezialitäten-Nummern schon in dem Verwandlungs-Schauspiele Mr. A. Angeloti eine höchst originelle und Aufsehen erregende Erscheinung in der Artistenwelt, so erhebt er sich zu ganz besonderer künstlerischer Bedeutung durch das Auftreten der musikalischen Wunderkinder Richard und Hugo Kroemer. Besonders der 10jährige Richard, welcher seinen 7jährigen Bruder Hugo auf dem Klavier begleitet, hat als pränomenaler Geigenkünstler überall das allergrößte Aufsehen erregt. So nennt ihn, nach uns vorliegenden Zeitungsberichten, der berühmte Geigenkönig Professor Wilhelmy ein „Wunderkind von Gottes Gnaden", Professor H. Heermann, der ihm eine große Zukunft prophezeit, „einen kleinen Mozart", Professor Breslauer erklärt, „einem solchen Talente überhaupt noch nicht begegnet zu sein", und ebenso erklärt sich General-Musikdirektor Schuch in Dresden „überrascht von den staunenswerten Leistungen dieses Kindes". Man muß es der Direktion unseres Spezialitätentheaters Dank wissen, daß sie ihrem Publikum solche Kunsterscheinungen, die eigentlich auf ein anderes Podium gehören, vorführt.

Diemitz. Eine Wählerversammlung, die am Montag stattfand, stellte als Kandidaten der bürgerlichen Parteien die Herren Döbell, Haake und Meisel auf.

Merseburg. Der Provinziallandtag wird auf den 13. März einberufen.

Zeitz. Die Differenzen in dem W. F. Nesper'schen Geschäft sind beigelegt. Die Schneider nahmen am Dienstag die Arbeit wieder auf, nachdem der Chef erklärt, in kürzester Zeit dafür zu sorgen, daß die von den Arbeitern gerügten Uebelstände beseitigt würden.

Zeitz. Wie uns mitgeteilt wird, wurde am Sonnabend abend die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins Aue, die im Deutschen Kaiser abgehalten wurde, nach 11 Uhr vom überwachenden Gendarm aufgelöst. Da uns kein Bericht seitens des Vereins über diese Versammlung zuging, nehmen wir nur an, daß die Auflösung der Zeit wegen erfolgte, denn es ist uns gleichfalls mitgeteilt, daß das Restaurant zum Deutschen Kaiser auf Polizeistunde gesetzt sei. Da nun für Vereine eine Polizeistunde nicht existiert, so wird der Vorstand hoffentlich Beschwerde einlegen.

Zeitz. Die hiesige Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes hält Sonnabend abend in „Meineck's Restaurant" ihre Versammlung ab. Es soll in derselben u. a. über die Anträge zum Verbandstag in Göttingen verhandelt werden. Wir machen nicht nur die Mitglieder, sondern alle Holzarbeiter auf diese Versammlung aufmerksam.

Zeitz. Am Freitag abend findet im „Heiteren Blick" in der Lindenstraße die erste diesjährige öffentliche Volksversammlung statt, mit welcher auch für Zeitz die Wahlbewegung seitens der sozialdemokratischen Partei eröffnet wird. Ueber die „politische Lage und die nächsten Reichstagswahlen" wird Genosse Plorin referieren und es steht zu erwarten, daß die Versammlung gut, hoffentlich sehr gut besucht wird. Jeder Arbeiter weiß, von welcher ungeheuren Bedeutung für ihn die nächste Reichstagswahl ist. Die allerletzten Debatten im Reichstag über den Erlaß des Ministers v. Posadowsky müssen jedem Arbeiter die Augen darüber geöffnet haben, daß es sich um nichts Wichtigeres als um das Koalitionsrecht gehandelt hat. Wollen die Arbeiter, daß es ihnen gewahrt bleibt, dann müssen sie alle insgesamt auf dem Posten sein. Die Versammlung wird auch über die Schritte beraten, die die hiesige Arbeiterschaft bei der diesmaligen Wahl zu entfalten hat, fehle deshalb keiner und sei auch jeder möglichst pünktlich zur Stelle, da wir sehr wenig Zeit haben, denn bekanntlich müssen unsere öffentlichen Versammlungen um 11 Uhr geschlossen sein.

Und noch eins: Die beginnende Wahlperiode muß allen hiesigen Arbeitern auch wieder die Kalamitäten vor Augen führen, unter denen wir in Zeitz zu leiden haben. Und das ist in erster Reihe die Saalfrage. Uns stehen nur zwei kleine Säle zur Verfügung, während alle größeren verwiegert werden. Und doch verkehren und halten ihre Vergnügungen gerade in diesen Lokalen ab die große Mehrzahl der Arbeiter, die sich alle zu unserer Partei zählen. Wenn alle unsere Parteigenossen in ihren Vereinen ihren Einfluß dahin ausüben, daß die betr. Wirte auch den Saal zu Versammlungen hergeben, dann wird auch hierin eine Aenderung eintreten. Man muß nur einstlich wollen, dann gelingt es auch. Hoffen wir, daß der bevorstehende Wahlkampf alle Genossen an ihre Pflicht erinnert, die sie sich und der Partei schuldig sind.

Teuchern. In der Dunkelheit stolperte auf der Landstraße der Händler Ebeling so unglücklich, daß er den rechten Arm brach.

Schkeuditz. Nächste Woche findet in „Zeißlers Lokal" eine große Volksversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Dr. Br. Schönlank über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen" sprechen wird. Näheres in der Annonce.

Gräfenhainichen. Die Bahnhofsrestauranteurin Frau Schmidt wurde vor dem Bahnhofsrestaurant von einem Herzschlag getroffen und war sofort tot.

Dohna. Ein dreijähriges Kind stürzte in eine mit kochendem Wasser gefüllte Badewanne und verbrühte sich dermaßen, daß es kurz darauf verstarb.

Mühlberg. Arbeiterrisiko. Von niedergehender Gebirgsmasse wurde auf einer Grube bei Bockhausen ein polnischer Arbeiter erschlagen. — Im Friesslebener Schacht bei Hettstedt erlitt der Arbeiter Langenhagen durch eine Forcertonne Quetschungen, sowie einen Bruch des linken Oberschenkels.

Gerbstedt. Auf recht unheimliche Funde stieß man bei Erdarbeiten im Ottoschen Garten, nämlich auf 3 zerlegte menschliche Skelette, die im übrigen den Verhältnissen entsprechend noch gut erhalten sind. Man nimmt an, daß es die Ueberreste gefallener Krieger sind.

Erfurt. In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung des konservativ-nationalliberal-antisemitischen Mischmaschs wurde die Kandidatur des konservativen Schneidermeisters Jakobskötter für die Reichstagswahl proklamiert. Die nationalliberale Kandidatur Pieschel wurde zurückgezogen, ebenso die des Antisemiten Schack, dessen Anhänger erklärten, sie seien in der Versammlung majorisiert worden, da eine Anzahl Konservativer heimlich geladen seien, um die Kandidatur Jakobskötter durchzudrücken.

Eine „gemütliche" Gemeinderats-Sitzung.

g. Trotha, 15. Februar.

Lieber Leser, Du ahnst es nicht, was sich in der Nähe Eurer großen Universitätsstadt auf den Landorten für ergötzliche Dinge abspielen. Man muß selbst dagewesen sein, gesehen und gehört haben, sonst glaubt man es nicht, in welch patriarchalischer und urwüchsiger Weise hier von den Dorfoberhäuptern in der kollegialen Gemeindevertretung das Regiment geführt wird. Als wir „Schlauer", wollten sagen Trotthaer Gemeinderatsmitglieder gestern früh in die Sitzung gingen, da fragten wir uns, werden sich heute die Dinge anders gestalten, oder wird sich unser jetziges stellvertretendes Oberhaupt, unser Dorfschwoerener, immer noch so „oppositionell" negierend verhalten, wie in der vorigen Sitzung. Wir hatten jedoch kaum das Gesellschaftszimmer im Gasthof zur Preuß. Krone betreten, da sahen wir es schon unsere Schöppen an den Augen ab, daß der Kampf auch heute kein kleiner werden würde. Nebenbei bemerkt, sollen ja nach § 104 der Landgemeindeordnung die Versammlungen der Gemeindevertreter in der Regel nicht in Wirtshäusern oder Schenken abgehalten werden. Aber wir Trotthaer nehmen die Sache nicht so genau, wir sind auch nicht so „verknöchert" wie andere Kommunen, die nicht einmal ein Buffet in ihren Tagungsräumen dulden wollen. Bei uns bekommt jeder Besucher der Gemeinderatsversammlung sein Gläschen Bier, wenn er es bestellt, und wenn er Appetit hat, auch ein Stückchen Speckkuchen, oder etwas anderes zu essen. Wir sitzen so fröhlich beisammen und haben einander — uns schon so bei den Köpfen gehabt; aber Schwamm drüber, sagt Oberst Ollendorf im Bettelstudent. Alles, was sich früher in den Gemeinderatssitzungen abgespielt hat, kann dem Volksblattleser heute nicht mitgeteilt werden. Wenn wir aber unsere Freunde in Halle in unsere inneren Angelegenheiten einweihen und in die heutige Sitzung einführen wollen, so müssen wir kurz auf einige Vorgänge eingehen, die teils schon die Tagespresse beschäftigt haben.

Hier bei uns in Trotha bestehen nämlich in der Gemeinde-Vertretung zwei Richtungen, von denen im Volksmunde die eine als die „Hofpartei" und die andere als die „Oppositionspartei" bezeichnet wird. Zur sogen. Hofpartei werden gerechnet: der Gemeindevorsteher Louis Brömme (Landwirt und Kiesgrubenbesitzer), der Schöppe Kahleis (Sattlermeister), Amtsrat Nagel und noch zwei andere Mitglieder, während die Opposition durch den Schöppen Mühlenbesitzer Böpke, Gasthofsbesitzer Alex. Brömme, Holzhändler Hertel und andere vertreten wird. Die Opposition, welche die Majorität hat, scheint für Erhöhungen der Schulzenamts-Entschädigung nicht begeistert zu sein und versucht durch Anträge auf Berichtigung der Wählerlisten u. s. w. zur nächsten Wahl gut vorzubereiten. Die Wählerlisten stimmen nicht, denn in der 2. Abteilung sollen eine ganze Reihe Personen eingetragen sein, die nicht wahlberechtigt sind. Seitens der Opposition war von 3 Mitgliedern in der vorigen Sitzung am 4. Februar ein Dringlichkeitsantrag auf Berichtigung der Wählerlisten gestellt. Der Schöppe Kahleis hatte diesen aber gar nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt und es abgelehnt, darüber zu verhandeln. Dieses kränkte die Opposition, weshalb sie nach einer erregten Debatte das Sitzungslokal verließ. Als nun die Opposition hinaus war, ließ der Schöppe Kahleis von den 3 noch anwesenden Mitgliedern eine Abstimmung vornehmen und diese von seinem Privatschreiber Dohle, der, wie heute von einem Mitgliede behauptet wurde von der Gemeindevertretung degradiert ist, in das Protokollbuch eintragen. Ein Antrag, die Schulzenamtsentschädigung von 1200 auf 2000 M. zu erhöhen, wurde in voriger Sitzung von der Opposition abgelehnt. Der Gemeindevorsteher ist gegenwärtig krank, weshalb Schöppe Kahleis auch heute wieder den Vorsitz führen mußte. Bevor wir auf die heutige Verhandlung näher eingehen, wollen wir noch mitteilen, daß der Vorgänger des jetzigen Gemeindevorstehers im Jahre 1891 eine jährliche Entschädigung von 450 M. bekam. Brömme erhielt in einigen Jahren 900 M. und bekam später außerdem noch 900 M. zur Anstellung eines Schulzenamtsschreibers. Die Opposition will die letzteren 900 M. nur nach längerem Zögern bewilligt haben, weil der Schulze erklärt haben soll, er setze bei seiner Amtsthätigkeit nur bares Geld zu.

Vor Eintritt in die heutige Tagesordnung wurden schon recht ängstliche Fragen laut, wie: „Durch wessen Hand hinter dem Rücken der Gemeinde nicht beschlossene Eintragungen in das Protokollbuch bewirkt worden seien". Dann wurde ein Antrag gestellt, eine Kommission einzusetzen, welche das Protokollbuch immer zu prüfen hat. Herr Kahleis wurde aufgefordert, zu bestätigen, daß hinter dem Rücken der Gemeindevertreter dieses und jenes gemacht worden ist. Dann kam ein Vorschlag, unter dem Schutze eines jeden Protokolls einen dicken Strich zu ziehen, der aber dann wieder Bedenken hervorrief wegen der event. vorzunehmenden Nachtragen. Ferner wurde moniert, daß in dem Protokoll der letzten Sitzung, welches von Herrn Böpke geführt worden ist, eine nachträgliche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980217-17/fragment/page=0003

Eintragung, den Etat betreffend, gemacht wurde. Gastwirt Alex. Brömme tadelt, daß ein von der Gemeindevertretung degradierter Schreiber vom Schöppen Kahleis als Protollführer zugelassen worden ist. Er meint, es sei eine Beleidigung für die ganze Gemeinde, wenn so etwas passiere. Dem Gemeindevorstande müsse ganz energisch gesagt werden, daß er jedem anderen, außer dem Protokollführer, das Schreiben im Protokolle verbietet. In einem kleinen Wortkriege wirft der Amtsrat Nagel einem anderen Mitgliede die Aeußerung hin: „Sie haben taube Ohren, machen Sie doch was Sie wollen". „Das überlasse ich der Majorität," erklärt darauf ein Oppositioneller, „die habe ich vor mir und hinter mir". Herr Wöpke macht dem Schöppen Kahleis in erregter Weise die Vorhaltung: „Wie kommen Sie dazu, Herr Kahleis, dem Magistrat in Halle mitzuteilen, er soll mir keine Vollmacht mehr geben." „Kommen Sie auf das Schulzenamt, wenn die Dienststunden sind," entgegnet der Schöppe ganz kühl.

Ihren Höhepunkt erreichte die Sitzung bei Punkt 7 der Tagesordnung: „Berichtigung der Gemeindewählerliste." Herr Holzhändler Hertel und andere Mitglieder erklärten, Herr Kahleis möge die Sache heute nicht bis auf die Spitze treiben. Die Oppositionellen wiesen auf das Unsinnige und Einseitige sowie auf die „Kunststückchen" ihres Gemeindevorstandes hin und stellten den Antrag, den Beschluß der vorigen Gemeindevertretersitzung zu negieren und heute die Berichtigung der Wählerlisten zu verhandeln. Der Vorsitzende Kahleis erklärt einfach, er thue das nicht und meint, man solle sich über ihn bei dem Landrat beschweren. Auf wiederholte Aufforderung, er solle abstimmen lassen und die oppositionelle Majorität respektieren, meint er: „Die Herren durften am vorigen Male nicht fortgehen, Sie dürfen das vorige Protokoll nicht verwerfen, ich halte fest an dem vorigen Protokoll" Der Gastwirt Alexander Brömme wirft hierauf ein: „Na jedenfalls sind wir noch Eigentümer unseres eigenen Willens." Es wird angeregt, daß die Wählerliste noch vom 15. bis 30. ausgelegt sein müßte. Der Herr Schöppe Kahleis bleibt aber heute „der Geist, der stets verneint" und ist mit dem besten Willen nicht zur Vornahme einer Abstimmung zu bewegen. Die Majorität der Gemeindevertreter konnte sich schließlich nicht anders helfen, als die Abstimmung ohne den Vorsitzenden vorzunehmen. Es wurde mit sieben gegen drei Stimmen beschlossen, die Wählerliste zu berichtigen. Die Beschlüsse der letzten Gemeinderatssitzung werden nicht anerkannt.

Mit einem weiteren Antrage von Alexander Brömme, das verfängliche Protokollbuch in den Dienststunden auszulegen, erklärt sich Schöppe Kahleis ebenfalls nicht einverstanden. Der Protokollführer, Fabrikbesitzer Engelcke, gab am Ende der Sitzung die Beschlüsse bekannt und ersuchte dann den Vorsitzenden Kahleis, das Protokoll gleich in der Sitzung zu unterzeichnen, da es ohne Beglaubigung des Vorsitzenden doch keine Giltigkeit habe. Aber auch hierzu konnte man den widerhaarigen Vorsitzenden nicht bewegen. Die Gemeinderatsmitglieder schüttelten mit dem Kopfe, und als dann Wöpke als 2. Schöppe das Protokoll verlangte, aber nicht bekam, und noch ein Kollege eine Mitteilung machen wollte, schloß Kahleis die Sitzung und dampfte mit den Büchern unter dem Arme, der Mütze auf dem Kopfe, zur Thüre hinaus. Die Gemeinderatsmitglieder mochten wohl denken: „Da geht er hin und singt nicht mehr." Aus dem Munde eines Zuhörers vernahm man aber die Worte: „Das ist doch eine Tollheit" und ein anderer Zuhörer meinte zu den Gemeinderatsmitgliedern gerichtet: „Ei, ei, meine Herren, ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Vorsitzenden." Ein dritter meinte, ihm wäre es bald warm und auch wieder kalt bei der Sitzung geworden.

Versammlungsberichte.

† **Steinarbeiter.** Am 14. Februar fand im Restaurant Händelpark eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt, in welcher Kollege Mitschke von Rixdorf über das Thema: „Unsere Arbeit, unser Recht" referierte. Der Redner beleuchtete sehr sachlich die Mängel und Schäden in unserem Gewerbe, sowie die Notwendigkeit der Organisation; der Redner weist nach, daß Mitte Juli v. J. die Zahl der Beitragszahler rund 9000 betrug, durch das stete Wachsen aber jetzt über 12 000 gestiegen sei, daß man aber nun nicht denken soll, es ist nun genug gethan und die Hände in den Schoß legen soll, sondern kräftig für die Organisation eintreten, gewerkschaftlich sowie politisch. Ferner kritisiert der Referent die geringe Beteiligung an der Statistik der Steinarbeiter Deutschlands, aus welcher eine Denkschrift an den Bundesrat ausgearbeitet werden soll, bedauert aber, daß dies von den Kollegen fast gar nicht beachtet wurde, so auch hier in Halle, wo von über 30 Kollegen nur 6 ihre Fragebogen abgeliefert haben.

Zu Punkt 2: Lohnfrage, wurde beschlossen, mit den Arbeitgebern in Unterhandlung zu treten, und wurde hierzu eine Kommission von 5 Kollegen gewählt.

W. M.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 15. Februar.

Als abgedankter Liebhaber hatte sich der 22jährige, mehrfach bestrafte Arbeiter Paul Stock hier am 24. Dezember v. J. gegen die Ehefrau des Kellners Wilhelm Zöhl sowie gegen diesen selbst zu argen Ausschreitungen hinreißen lassen, wofür er nun wegen Hausfriedensbruchs, Beleidigung, Körperverletzung und gefährlicher Bedrohung angeklagt war. Frau Z. lag mit ihrem seit einigen Jahren von ihr gegangenen Manne in Scheidung und hatte, um neben ihrem Erwerb aus dem Handelsgeschäfte noch etwas zu verdienen, eine Schlafstelle an Stock vermiethet. Am 24. Dezember kam aber der Ehemann Z. zurück, Stock mußte weichen und darüber geriet er in maßlose Wut, die er zunächst durch Schimpfen, Drohungen und Schläge an Frau Z. ausließ, nachher aber auch noch Streit mit dem Ehemanne Z. anfing und diesen unter Ausstoßen wüster Drohungen mit einem Messer in den linken Oberschenkel stach, so daß der Verletzte 3 Wochen arbeitsunfähig war. Der Angeklagte wollte in Notwehr gewesen sein, was jedoch widerlegt wurde. Es erfolgte seine Verurteilung zu 1 Jahre Gefängnis.

Mit der Ausrede: er habe einen andern gemeint, hatte der wegen Beleidigung des Polizeisergeanten Gerbstedt angeklagte 52jährige Holzpantoffelmacher August Reuscher aus Giebichenstein kein Glück. Am 18. September v. J. wurde er vom hiesigen Schöffengericht wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und wegen Körperverletzung zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt. Während der Beratung des Gerichtshofes äußerte er unter deutlichem Hinweis auf den Zeugen Gerbstedt aus Giebichenstein: „Der Mann ist nicht nüchtern gewesen". Dafür wurde Reuscher später wegen Beleidigung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, wogegen er Berufung einlegte. Sein Einwand, er habe mit fraglicher Aeußerung einen andern Zeugen, der neben Gerbstedt saß, gemeint, wurde als nicht stichhaltig befunden, worauf der Angeklagte seine Berufung zurückzog.

Aus Noth, verursacht durch Arbeitslosigkeit, hatte der wegen zweifachen Diebstahls angeklagte 19jährige Bäckergeselle Wilhelm Schacher von hier im Dezember v. J. im Schlafsaale der Bäckerherberge (Harz 51) einem andern Gesellen ein Paar Hosen, 1 Mk. wert, später ein Geldtäschchen mit Mk. 2.52 entwendet und dies in seinem Nutzen verwendet. Der Angeklagte befand sich im wiederholten Rückfalle und wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

* **Im Stadttheater zu Jaroslaw** (Rußland) stach der Regisseur Wassiljew einem Schauspieler während der Vorstellung hinter den Coulissen einen Dolch in die Brust. Die Verletzung ist anscheinend tödlich, das Motiv angeblich Eifersucht.

* **Der Dampfer Clara Newada,** von Juneau City (Alaska) nach Seattle (Washington) unterwegs, ist in der Nähe der Küste von Alaska in Folge einer Kesselexplosion innerhalb 20 Minuten gesunken.

Aus dem Reiche.

Berlin. Die Gattin eines Rittergutsbesitzers, Barons und Reserveoffiziers, der als Patient des Professors v. Bergmann in einem Hotel wohnt, unternahm Montag mit ihrem Töchterchen und der Gouvernante eine Ausfahrt. An der Ecke der Leipziger- und Friedrichstraße wurde sie von einem uniformierten Schutzmann für verhaftet erklärt, gerade als sie die Droschke verließ und bezahlen wollte. Der Schutzmann hielt sie für eine von der Polizei gesuchte Frau Namens Heymann aus Budapest. Während die Gouvernante mit dem Kinde in das Hotel eilte, um den Gatten zu holen, transportierte der Schutzmann die Dame nach der Wache in der Charlottenstraße. Dort wurde sie erst freigelassen, als der Gatte mit dem Wirt des Hotels kam. Die Dame ist vor Aufregung krank. Ihr Gatte hat sofort beim Polizeipräsidenten Beschwerde erhoben. Wegen der Verhaftung eines Arbeiters würde man sich nicht so anfregen. Aber bei einer Rittergutsbesitzersfrau — ja, Bauer, das ist was ganz Anderes.

München. Ein Gendarm als Dieb! Vom Landgerichte wurde der Stadtgendarm Vogt wegen Diebstahls zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte in zwei Fällen auf seinen Patrouillengängen je ein Fahrrad aus dem Vorplatz einer Wirtschaft gestohlen und dann im Leihhaus versetzt. Seine wegen Hehlerei mitangeklagte Geliebte, die zwei Kinder von ihm hat, wurde freigesprochen. Ein Gendarm, der auf seinen Dienstgängen stiehlt, ist eine einzig dastehende Abnormität. In der Verhandlung wurde konstatiert, daß Vogt monatlich 71 M. Gehalt und 7½ M. Zulage, also zusammen **78½** M. Einkommen hatte.

Quittung.

Zum Reichstagswahlfonds:

Zeitz. Gesammelt im Felsenkeller 3.25 M.

Der Vertrauensmann.

Runthal. Beim gemütlichen Schafkopfspielen 1 Mark.

(Otto.)

Briefkasten der Redaktion.

H. F. Es gelten daselbst dieselben Bedingungen, wie die gestern unter Nietleben mitgeteilten.

O. Fr. Nach unserer Kenntnis beträgt der Durchschnittsverdienst der hiesigen Schlosser 18 M.

N. S. 9. Das Recht steht ihm selbstverständlich nicht zu. Behufs näherer Auskunft persönliche Rücksprache notwendig.

E. E. Senden Sie einiges ein. Können übrigens uns Ihren vollen Namen nennen, da uns derselbe ja doch bekannt ist.

E. 50, Trebnitz. Wir sind kein Auskunftsbureau für Wetterangelegenheiten. Wenn Sie den heißesten Tag seit **1868** wissen wollen, so kann Ihnen da vielleicht die meteorologische Station in Halle Auskunft geben.

Standesamtliche Nachrichten

Halle, 14. Februar.

Aufgeboten: Der Kaufmann und Gastwirt Rülicke und Christiane Schmidt (Mügeln und Karlstraße 22). Der prakt. Arzt Dr. med. Flemming und Margarete Flemming (Robert Franzstraße 1c und Große Steinstraße 10). Der Maurer Elstermann und Anna Graul (Böllberg und Sternstraße 10). Der Zahntechniker Bartsch und Elsa Walther (Halle a. S. und Zwickau). Der Arbeiter Herkt und Wilhelmine Baum (Westerhüsen). Der Arbeiter Menzel und Adelheid Schulz (Haus Nienburg). Der Arbeiter Wustram und Auguste Zehle (Bandau und Calenberge).

Eheschließung: Der Handarbeiter Martens und Ernestine Höfer (Weingärten 25).

Geboren: Dem geprüften Lokomotivheizer Hennig eine T. (Grünstraße 11). Dem Handarbeiter Stein ein S. (Herrenstraße 6). Dem Tischler Meckert eine T. (Turmstraße 24). Dem Handarbeiter Müller ein S. (Schützenstraße 23). Dem Handarbeiter Stockmann eine T. (Halberstädterstraße 4). Dem Kupferschmied Pletz eine T. (Große Klausstraße 12). Dem Schuhmacher Sitte eine T. (Streiberstraße 2). Dem Brauer Tischer ein S. (Merseburgerstraße 102). Dem Handarbeiter Waldheim ein S. (Kellnerstraße 16). Dem Tischlermeister Köppe eine T. (Pfännerhöhe 74). Dem Lohgerber Krüger ein S. (Markt 13). Dem Kaufmann Schneider ein S. (Merseburgerstraße 4). Dem Fleischer Gräfe eine T. (Bäckerstraße 1). Dem Handarbeiter Trillhose eine T. (Raffineriestraße 2). Dem Fleischermeister Kornemann eine T. (Büschdorferstraße 5). Dem Handarbeiter Schröter ein S. (Magdeburgerstraße 55). Dem Maurer Geyer eine T. (Schützenstraße 11).

Gestorben: Des Friseur Hirt Ehefrau Helene geb. Erfurth, 49 J. (Forsterstraße 5). Der Privatmann Creuzberg, 68 J. (Königstraße 5). Der Schrankenwärter Mehnert, 71 J. (Klinik). Des Schneidermeister Lückemann S., 10 M. (Große Klausstraße 25). Des Kohlenlader Neuschel Ehefrau Wilhelmine geb. Sprung, 45 J. (Kronprinzenstr. 2). Des Kaufmann und Postverwalter a. D. Schröter Ehefrau Henriette geb. Bacher, 71 J. (Magdeburgerstraße 59). Des Rollkutscher Wagner S., totgeb. (Geiststraße 58). Der Kontorist Schreiber, 19 J. (Diakonissenhaus). Der Stukkateur Traxdorf, 22 J. (Diakonissenhaus). Der Kaufmann Giseke, 28 J. (Große Steinstraße 83). Der Arbeiter Kloppe, 33 J. (Hirtenstraße 8). Des Rohproduktenhändler Bode S., 3 J. (Große Klausstraße 22). Die Witwe Emilie Richter geb. Lorenz, 55 J. (Klinik). Des Hilfsbremser Becker S., totgeb. (Sophienstraße 29). Der Lohnkellner Bähring, 58 J. (Klinik). Der Bergmann Peilicke, 38 J. (Bergmannstrost).

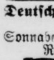
Für die Redaktion verantwortlich: A. Weißmann in Halle.

Bücher-Etageren
von 1 Mark an.
Noten- und Aktenständer.
Eck-Etageren.
Paneele.
C. F. Ritter, Halle a. S.
Leipzigerstraße 90.

Unter-Werschen bei Teuchern.
Sonntag den 20. Februar nachmittags 3 Uhr im „Gasthof zur grünen Linde"
öffentliche Volksversammlung.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse H. Plorin, Zeitz. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um das Erscheinen aller Arbeiter und Arbeiterinnen wird ersucht.
Entree pro Person 10 Pf. Der Vertrauensmann.

Außerordentliche Generalversammlung
der Vertreter der Ortskrankenkasse für die in den Betrieben der
Sattler, Tapezierer und Täschner, Buchbinder, Gerber, Kürschner, Beutler, Handschuh- u. Mützenmacher, Maler, Photographen, Lackierer, Vergolder u. Goldleistenfabrikanten, Perückenmacher, Coiffeure und Barbiere
beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter zu Halle a. S.
Freitag den 25. Februar abends 8 Uhr im Engl. Hof, Gr. Berlin.
Tagesordnung: 1. Bewilligung der Mittel zum Druck der Jahresrechnung. 2. Beratung über Statutenänderung. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. J. A.: W. Zander.

Restaur. Neumarkt-Bierhalle, Breitestr. 3.
Morgen Donnerstag den 17. Februar



1. großer Narrenabend,
verbunden mit humoristischer Unterhaltung.

Spezialität: Bockwurst mit Sauerkraut. ff. Bockbier und Pfannkuchen.
Narrenkappen gratis.
Freunde, Bekannte und Nachbarn sind hierdurch ergeb. eingeladen. C. Schiemann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Zeitz.
Sonnabend abends 8½ Uhr in Meinecks Restaurant, Schaarenstraße.
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Beratung der Statuten. 2. Anträge zum Verbandstag. 3. Vorschläge zu einem Delegierten zu demselben. 4. Verschiedenes.
Alle Mitglieder werden ersucht, zu erscheinen. Der Vorstand.

Restaurant z. Burgschlößchen
Delitzscherstraße 76.
Sonntag den 20. Februar

großer Narrenabend.
Narrenkappen gratis.
Hierzu ladet freundlichst ein
Paul Reinhardt.

Möbelfabrik u. Magazin
31 Fleischerstraße 31.
Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter Möbel- und Polsterwaren der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.
H. Bergmann, Tischlermstr.

Glauch. Schützenhaus
Donnerstag d. 17. Feb.

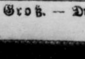
großes
Schlachtefest,
wozu freundl. einladet
O. Otto.

5 Pfd. kräft. Schwarzbrot I. u. II. S. 50 ₰
Otto Hänel, Harz 12 u. Geiststr. 46.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Donnerstag den 17. Februar 1898
abends 7¼ Uhr
151. Vorstell. 114. Abonn.-Vorst.
Farbe rot.
Im Reich der Mütter.
Hierauf:
In Behandlung.
Komödie in 3 Akten von Max Dreyer.
Freitag den 18. Februar 1898.
Abends 7¼ Uhr.
152. Vorst. 115. Abonn.-Vorst.
Farbe: blau.
Das Nachtlager v. Granada.
Oper in 2 Akten v. Konradin Kreutzer.
Hierauf:
Weingeister.
Gr. Ballett in 1 Aufzug v. M. Richards u. Adele Stahlberg-Wiest.

Thalia-Theater.
Geiststraße 42a.
Freitag den 18. Februar
Renaissance.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Neuer Spielplan!
Die Wunderkinder Richard u. Hugo Kroemer, Klavier- u. Geigenkünstler (Phänomenal!) — Mr. A. Angeloti, Verwandlungs-Schauspieler u. Charakter-Repräsentant. (Sensationell!) — Die Max Franklin-Truppe, Elite Parterre-Akrobaten mit Trampolin. — Brothers Hermann u. Bruno, chinesische Exzentriker. — The Otinos, exzentrisch-akrobatische Burlesk-Komödianten. — Hermanas Moreno, spanische Tanz-Sängerinnen. — Frl. Hermine Held, Lieder- u. Konzert-Sängerin. — Herr Albert Boehme, Original-Gesangs-Humorist.
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.



Donnerstag
Schlachte-Fest.
Wilhelm Rüdiger,
Parkstr. 14.

Eleg. Masken-Kostüme, 2—20 M., zu verleihen Gr. Wallstr. 4, II l.

Weissenfels.
Apollo-Theater.
Direktion: H. Berlin.
Neuer glänzender Spielplan.
Fanny Behrens, Soubrette. — Truppe Laares, Akrobaten an römischen Ringen. — Alloo-Mohrmann, exzentrische Duettisten. — Miß Ada Francis, Serpentin- und Kaleidoskop-Tänzerin. — Geschwister Eclair, Equilibristen und Trapezkünstler. — C. Laurence Leonard, Original-Bauchredner u. Thierstimmen-Imitator. — Bertha Rother, Darstellung berühmter Gemälde. (Neue Bilder.)
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Preise gewöhnlich.

Auktion.
Donnerstag den 17. Febr. vorm. 3 Uhr in Schiemanns Restaur., Breitestr. 3, großer Posten Glas- und Porzellansachen, als: Kannen und Töpfe, Schüsseln, Teller, Vasen, Pfeifenköpfe, Kaffee- und Waschservice und verschiedenes andere mehr verkaufe, um das Lager zu räumen, meistbietend gegen Barzahlung.

Keine Fessel.
Verluste vollständig ausgeschlossen.
Max Schultze's Waren-Spar-Geschäft
Halle a. S.
Moritzzwinger 6a
gegenüber der Katholischen Kirche gewährt seinen Kunden auf sämtliche Kolonialwaren, Lebensmittel und Spirituosen 10% u. außerdem durch Vermittelung der städt. Sparkasse noch 3% also 13% Rabatt bei allerbilligst. Preisen.
Eigene Verwaltung der Ersparnisse.
Keine Haftsumme.

ff. gebr. Kaffees Pfd. 1 M. grüne Schnittbohnen 15 Pf., harte Senfgurken 20 Pf., Preißelbeeren mit Zucker 30 Pf. empf. J. Uhlendorf, Wörmlitzerstr. 109.

Reinhold, Zeitz,
Brühl 16 (Palmbaum), empfiehlt nur gute Speisekartoffeln, kräft. Landbrot, gute Gutsbutter, butterige Käse, Bücklinge, Pflaumenmus, ff. saure, Senf- u. Pfeffergurken, Preißelbeeren.

C. Hammer
42 Leipzigerstr. 42.
Spezialität:
Regulateure.
1 Meter lang, 10 M.
Reparaturen:
Federeinsetzen 1 M., Glas, Zeiger, Uhrring à 10 Pf.
Versand geg. Nachnahme.

Rossfleisch,
prima Ware, ff. Knack- und Röstwürstchen, sowie hochfeine Warme empfiehlt
O. Möbius,
Kl. Ulrichstr. 29.

Dauerhafte **Arbeiter-Anzüge** in nur vorzüglicher Ware empfiehlt W. A. Kyritz, Halle, Trödel 2.

Mützenmacher,
einen geübten, selbständigen, auf feinere Uniform- und Studenten-Mützen bei gutem Lohn und Jahresstellung sucht
J. Drescker, Nürnberg.

Räumf. u Transp. w. b. ausg. Albrechtstr. 19.

Neues Sofa billig zu verk. Spitze 2, I.

Gew. Aufwartung ges. Wörmlitzerstr. 109.

Mehrere Mitglieder des Giebichensteiner Konsum-Vereins bitten den Vorstand desselben um Aufklärung, warum der Kartoffelhändler S. Herdan, Giebichenstein, wieder eine Verkaufsstelle des Konsum-Vereins bekommen hat, da demselben doch die Verkaufsstelle voriges Jahr entzogen wurde.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980217-17/fragment/page=0004